

A 7 ETABLIERUNG EINER FLÄCHENDECKENDEN WIRKUNGSFORSCHUNG

Die Wirksamkeit politischer Maßnahmen lässt sich oft nur schwer bestimmen. Bei einer Evaluation sind komplexe Fragen zu beantworten. Welche Ziele sollen genau erreicht werden, was ist als Erfolg zu kennzeichnen, in welchem Verhältnis sollen Aufwendungen zu Erträgen stehen? Und welche Maßnahmen dienen der Umsetzung der spezifizierten Ziele kurz-, mittel- und langfristig am besten? Mit anderen Worten: Wie steht es um Effektivität und Effizienz der Maßnahmen, gemessen an einem breiten Band von quantitativen und qualitativen Erfolgsindikatoren?

Diese Themen sind Gegenstand der Wirkungsforschung. Mit einer gut angelegten Wirkungsforschung lassen sich mögliche Auswirkungen politischer Instrumente bereits im Voraus (*ex ante*) abschätzen. Die Instrumente können dann während der Durchführung (*monitoring*) überprüft und im Anschluss (*ex post*) auf ihre Effekte hin beurteilt werden. Im Idealfall kann bei konsequenter Umsetzung dieses Ablaufs ein rollierendes Evaluationssystem etabliert werden, welches belastbare Ergebnisse hervorbringt.²⁸ Um diese auch innerhalb und zwischen den politischen Ressorts vergleichen zu können, muss für die Evaluation von politischen Programmen eine gewisse Standardisierung erfolgen und ein verbindlicher Kriterienkatalog erstellt werden. Dies beinhaltet, dass ein differenziertes System von qualitativen und quantitativen Indikatoren zum Einsatz kommen muss, um die Vielschichtigkeit der direkten und indirekten Effekte politischer Maßnahmen auch auf sozialer und gesellschaftlicher Ebene erfassen zu können.

Bereits in den 1990er Jahren wurde vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) im Auftrag des BMFT eine Studie zur Evaluationsforschung und -verbesserung in Deutschland durchgeführt.²⁹ Diese Untersuchung zeigte, wie wichtig eine umfassende und ressortübergreifende Wirkungsforschung ist; es wurde angeraten, diese für alle Ministerien verbindlich vorzugeben. Die Expertenkommission schließt sich dieser Meinung an und empfiehlt, in allen Ministerien etwa ein Prozent der Planausgaben für die Wirkungsforschung zur Verfügung zu stellen, um maßgeblich zur Effizienzsteigerung der staatlichen Förderungen beizutragen.

Damit sich in Deutschland eine wirksame und langfristig ausgerichtete Wirkungsforschung etablieren kann, sollte sie in einer einzigen Institution verankert werden. Diese kann als zentrale Anlaufstelle für die verschiedenen Ministerien und Fachabteilungen dienen und sich zu einem Kompetenzzentrum für die Wirkungsforschung entwickeln. Dort können Daten aus verschiedenen Evaluationsstudien zentral gesammelt werden, um eine valide Datenbasis zu erstellen, welche die unterschiedlichen Programme auch langfristig vergleichbar macht.³⁰ Aufgebaut werden kann auf den Erfahrungen des BMWi, das in den vergangenen Jahren ein Evaluationsprofil entwickelt hat – mit klaren Leitfäden zur einheitlichen Durchführung von Evaluationen und einer zentralen Anlaufstelle für Fragen der Wirkungsforschung.³¹

Zahlreiche methodische Schwierigkeiten der Wirkungsforschung, wie etwa die Quantifizierung indirekter Effekte oder die Isolation der durch eine Maßnahme hervorgerufenen Wirkungen, sind noch nicht gelöst. Um die bestehenden Verfahren in der politischen Praxis anzuwenden und die Wirkungsforschung in Deutschland weiterzuentwickeln, regt die Expertenkommission an, dass das BMBF eine Meta-Evaluation zum Erfahrungs- und Wissensaustausch durchführt, wie sie bereits 1995 erfolgte. Deren Ergebnisse sind anschließend umzusetzen. Damit die Wirkungsforschung im geforderten Umfang stattfinden kann, müssen zudem ausreichend ausgebildete, kompetente Wissenschaftler damit betraut werden. Derzeit mangelt es daran. Evaluationsmethoden müssen daher in sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen zum Standard-Repertoire der Curricula gehören. Auch in der Weiterbildung muss die Wirkungsforschung als Schwerpunkt eingeführt werden.

Die Ergebnisse der flächendeckenden Wirkungsforschung müssen für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Dies kann maßgeblich dazu beitragen, dass sich die öffentliche Wahrnehmung hinsichtlich des Einsatzes öffentlicher Haushaltsmittel verbessert. Aber auch die Mitglieder des Bundestags und andere Akteure müssen sich besser über die Wirksamkeit politischer Instrumente informieren können. Die Expertenkommission hat daher beschlossen, künftig Evaluationen von innovationsrelevanten Förderprogrammen der Bundesministerien auf ihrer Homepage (www.e-fi.de) zu veröffentlichen.